

Rathaus- Report

Januar/2012



6.000 Baugenehmigungen
Kurswechsel in der Wohnungs-
politik zeigt Wirkung

Interview mit Andreas Dressel
Der SPD-Fraktionschef: „Senat und
Fraktion liefern Ergebnisse“

Sanierung der Deichtorhallen
5 Mio. Euro aus dem „Sanierungs-
fonds Hamburg 2020“

„Hamburg 2020“ gestalten – Haushalt konsolidieren

Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise ist allen klar: Ohne eine solide Finanzpolitik kann kein Land, keine Stadt bestehen. Auch unser Grundgesetz verpflichtet uns, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. SPD-Fraktion und SPD-Senat haben sich deshalb auf den Weg gemacht, dieses Ziel mit einer langfristigen Konsolidierungsstrategie punktgenau zu erreichen.

Der Ende November von der Bürgerschaft beschlossene Haushalt 2011/2012 ist ein erster Schritt in diese Richtung. Damit haben Senat und SPD-Fraktion eine solide Arbeitsgrundlage für das kommende Jahr geschaffen sowie darüber hinaus Perspektiven bis 2020 entwickelt. Insgesamt hat die SPD-Fraktion über 30 Anträge zu den einzelnen Behördenetats eingebracht, die alle unter einem klaren Motto stehen: Einen Weg aufzuzeigen zu „Hamburg 2020“. Dies umfasst eben nicht nur den finanzpolitischen Konsolidierungsweg bis 2020 und die Einhaltung der Schuldenbremse, auch die Hochschulvereinbarung für die Uni, die Einhaltung des Schulfriedens oder das konsequente Vorantreiben des Wohnungsbaus sind langfristige Orientierungsmarken

für Hamburg – weitere werden folgen.

„Wir sind im Frühjahr 2011 angetreten, um Hamburg wieder ordentlich zu regieren. Und da sind geordnete Finanzen die Basis. Die von uns vorgeschlagene nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes bis 2020 bedeutet aber auch, dass wir uns in der Stadt darüber verständigen müssen, was wir uns zukünftig leisten wollen – oder auch nicht“, so SPD-Fraktionschef Andreas Dressel.

Insofern gilt es, sich gemeinsam über Notwendiges und Wünschenswertes auszutauschen. Die zentralen Fragen aus Sicht der SPD-Fraktion lauten: Wie lösen wir bis 2020 den dramatischen Sanierungsstau bei der öffentlichen Infrastruktur

auf? Brauchen wir immer neue städtische Einrichtungen – oder sollten wir uns nicht lieber darauf konzentrieren, das, was wir haben, Straßen, Brücken, Grünanlagen, öffentliche Gebäude, wieder in Ordnung zu bringen und den Verfall von öffentlichem Eigentum zu stoppen? Und weiter: Mit welchen Schritten werden wir bis 2020 kinder- und familienfreundlichste Stadt Deutschlands? Wie können Kitas, Schulen und Hochschulen sich so weiterentwickeln, dass sie jungen Menschen beste Bildung und Betreuung ermöglichen? Wie sorgen wir dafür, dass Wohnen in Hamburg kein Luxusgut ist? Wie gelingt es uns, den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken? Und nicht zuletzt: In welche Felder muss investiert und welche Branchen müssen

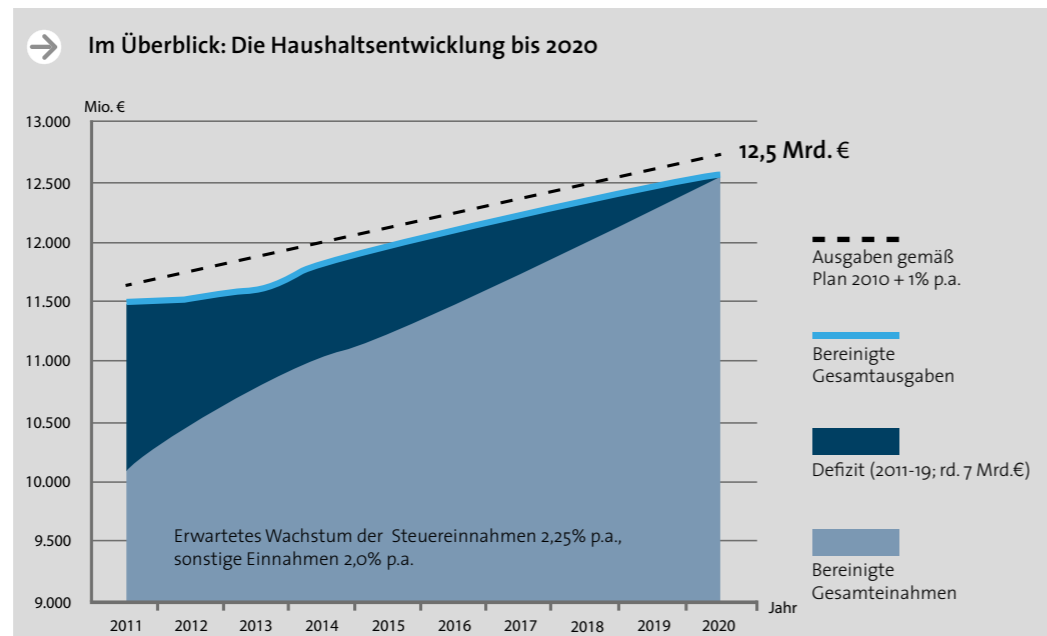
gestärkt werden, damit die Hamburger Wirtschaft gut aufgestellt ist, Arbeitsplätze gesichert werden beziehungsweise neue entstehen und Steuereinnahmen fließen. Der Fraktionschef: „Das sind nur einige der Fragen, denen wir kurz-, mittel- und langfristig – aber immer mit der klaren Zielmarke 2020 – nachgehen wollen. ‚Hamburg 2020‘ heißt: Keine neuen Schulden und viele richtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt.“

Die SPD-Fraktion will diesen langfristigen Kurs gemeinsam mit den Hamburgerinnen und Hamburgern gestalten und sie im Rahmen einer Kampagne „Hamburg 2020“ beteiligen. Alle Informationen und Dialogmöglichkeiten finden Sie unter: www.hamburg2020.info

+++ Brüssel gibt grünes Licht: Nach jahrelangem Planungshickhack ist Elbvertiefung endlich in Sicht +++ 137.000 Briefe: Hamburg startet größte Einbürgerungsaktion seiner Geschichte +++ Arbeitsagentur sieht positiven Trend für Hamburg +++

Unser Ziel: Keine Neuverschuldung ab 2020

Senat und SPD-Fraktion wollen und müssen die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten. Diese Regelung verbietet den Ländern und damit auch Hamburg die Aufnahme neuer Kredite ab dem Jahr 2020. Um das Ziel eines – wie in der Grafik dargestellten – ausgeglichenen Haushaltes für 2020 zu erreichen, ist eine langfristige und nachhaltige Sanierung der öffentlichen Finanzen unerlässlich. Entscheidend dafür ist die Leitlinie, die jährlichen Ausgaben um nicht mehr als einen Prozentpunkt wachsen zu lassen. Nur so wird es möglich sein, spätestens 2020 ohne neue Schulden auszukommen.



„Hamburg 2020“ gestalten

Infrastruktur sanieren

Einen zentralen Schwerpunkt setzen SPD-Senat und -Fraktion in den kommenden Jahren in die Sanierung der maroden Infrastruktur. Der Sanierungsstau, den uns die Vorgängersenate hinterlassen haben, ist fatal – der Werteverfall bedroht den Haushalt und beeinträchtigt massiv die Lebensqualität in unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund sollen die städtischen Investitionsmittel künftig primär auf die Sanierung ausgerichtet werden. Dazu wird jetzt vom Senat ein „Sanierungsprogramm Hamburg 2020“ aufgelegt, das ab 2013 mit jährlich über 100 Millionen Euro ausgestattet werden soll. Dieses Geld wird dazu beitragen, Straßen, Wege, öffentliche Gebäude, Grünanlagen oder auch Spielplätze wieder in Ordnung zu bringen. Konkrete Maßnahmen legt der Senat im Sommer 2012 vor.

Die SPD-Fraktion beschloss außerdem, einen eigenen „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ in Höhe von 40 Mio. Euro für 2011/12 aufzulegen, der im nächsten Doppelhaushalt auf insgesamt 50 Mio. Euro aufgestockt wird und zur Bezuschussung von gezielten Instandhaltungsprojekten in der Stadt verwendet werden soll, über die jeweils die Bürgerschaft entscheidet. Als erste Maßnahme sind schon im vergangenen Jahr 700.000 Euro für die Vorbereitung der Sanierung des baufälligen Denkmals St. Nikolai freigegeben worden. Anfang des Jahres sollen für die dringende notwendige Sanierung der Nordhalle der Deichtorhallen 5 Mio. Euro aus dem „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ zur Verfügung gestellt werden (Siehe Artikel S. 4).

Sowohl mit dem Sanierungsprogramm als auch mit dem Sanierungsfonds sind der Bürgerschaft und dem Senat die richtigen Instrumente an die Hand gegeben, um die Infrastruktur in Hamburg in den nächsten Jahren wieder auf Vordermann zu bringen.



„Hamburg 2020“ gestalten

Kurswechsel in der Wohnungspolitik zeigt Wirkung

Seit 20 Jahren wächst Hamburg um etwa 7.000 Einwohnerinnen und Einwohner jährlich. Und Hamburgs Bevölkerungszahl wird weiter steigen: Nach aktuellen Prognosen werden 2030 in unserer Stadt erstmals rund 1,9 Millionen Menschen leben.

Diese einzigartige Entwicklung verschafft Hamburg eine Zukunftsperspektive, wie sie kaum eine andere deutsche Stadt hat. Um diese große Chance zu nutzen, muss Stadtentwicklung mit dem Wachstum Schritt halten. Denn nach einem Jahrzehnt verfehlter Wohnungspolitik der Vorgängersenate ist bezahlbarer Wohnraum in Hamburg zur Mangelware geworden. Daher muss es gelingen, den Wohnungsbau deutlich anzukurbeln und gleichzeitig Mieterinnen und Mieter vor unsozialen Mieterhöhungen und Verdrängungen besser zu schützen. Das Gelingen dieser Aufgabe von fast historischer Dimension sollte Ziel aller Hamburgerinnen und Hamburger sein.

Neben der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur zählt also auch der Bereich Wohnungspolitik zu den großen Aufgaben, die Senat und SPD-Fraktion in den kommenden Jahren mit aller Kraft vorantreiben möchten. Denn die Wohnungsknappheit ist nicht nur ein ernstes soziales Problem, sie ist längst auch zum Entwicklungshemmnis geworden. SPD-Fraktion und -Senat haben in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit deshalb einen radikalen Kurswechsel eingeläutet: Binnen kürzester Zeit sind zentrale Voraussetzungen für den Bau von mehr Wohnungen in Hamburg geschaffen worden, wie etwa die Vereinbarungen mit Bezirken und Wohnungswirtschaft, die Ausweitung des Wohnungsbaus für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und die Selbstverpflichtung der SAGA zum Bau von 1.000 Wohnungen jährlich.

Dieser Kurs zeigt bereits Wirkung: Bis heute sind bereits mehr als 6.000 Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt worden. Hamburgs Wohnungsbaumotor ist also scheinbar angesprungen und die Maschine nimmt spürbar Fahrt auf. Schnellstmöglich müssen nun noch die avisierten 6.000 Fertigstellungen pro Jahr erreicht werden. Und das soll noch in dieser Legislaturperiode, möglichst schon 2013, spätestens aber 2014, passieren.

Neben der Neubautätigkeit setzt sich die SPD-Fraktion aber auch für einen verbesserten Mieterschutz ein. Wichtige Stichworte sind



hier der Schutz vor überhöhten Mietforderungen, eine sozial ausgewogene Lastenverteilung bei der energetischen Gebäudesanierung, die Bekämpfung von Zweckentfremdungen sowie der Schutz vor Luxussanierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen.



➔ 2011 im Überblick

- ➔ **1. Februar 2011**
Vorgezogene Bürgerschaftswahl, SPD erringt mit 48,4% die Absolute Mehrheit.
- ➔ **7. März 2011**
Olaf Scholz wird zum Ersten Bürgermeister gewählt.
- ➔ **4. Juli 2011**
Pakt für Wohnungsbau wird geschlossen.
- ➔ **1. August 2011**
Die Kita-Gebühren-Erhöhung wird zurückgenommen.
- ➔ **29. November 2011**
Die Energiewende wird eingeleitet.
- ➔ **14. Dezember 2011**
6.000 Wohnungsbaugenehmigungen sind erteilt.
- ➔ **15. Dezember 2011**
Die Entscheidung fällt: Studiengebühren werden abgeschafft.

Sanierung der Deichtorhallen: 5 Millionen Euro aus dem „Sanierungsfonds Hamburg 2020“

Aus Mitteln des „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ (siehe Artikel S. 2) soll auch die dringend nötige Sanierung der Deichtorhallen vorgebracht werden. Denn ähnlich wie beim Mahmal St. Nikolai besteht auch bei den Deichtorhallen akuter Handlungsbedarf. Trotz kleinerer punktueller Sanierungsmaßnahmen sind die Probleme dort so groß, dass sie den Ausstellungsbetrieb gefährden.

Mit einem umfangreichen Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm, das jedes Jahr Besucherinnen und Besucher von nah und fern begeistert, zählen die Deichtorhallen ohne Zweifel zu den attraktivsten Kulturinstitutionen unserer Stadt und prägen das Bild Hamburgs als lebendige Kulturmopolis. Gleichzeitig sind sie auch ein wichtiger Anlaufpunkt für die kreative Szene der Stadt. Um die Deichtorhallen als bedeutende Denkmale der Industriearchitektur zu erhalten und den Ausstellungsbetrieb auf internatio-

nalem Niveau zu gewährleisten, ist eine denkmalgerechte Sanierung und Modernisierung des Gesamtensembles zwingend erforderlich. Ein Antrag der SPD-Fraktion sieht in einem ersten Schritt die grundlegende Instandsetzung und Modernisierung der Nordhalle vor. Denn bereits 2010 ist es dort durch Tropfwasser zu Schäden an ausgestellten Kunstwerken gekommen. Und mangels Klimatisierung erfüllt die Nordhalle für bestimmte Ausstellungsprojekte heute nicht mehr die gestiegenen Standards von Leihgebern.

Der dafür erforderliche Finanzbedarf wird auf Basis einer Instandsetzungsanalyse der Hamburgischen Immobilien Management Gesellschaft auf

insgesamt 13 Mio. Euro beziffert. Die erste Tranche für 2012 wird 5 Mio. Euro betragen, die zweite Rate für 2013 dann 8 Mio. Euro.



Photo: www.mediaserver.hamburg.de/C. Spahrbier

„Hamburg 2020“ gestalten

Wir schaffen die Energiewende

Der Senat hat in Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen (EVU) Vattenfall Europe AG und E.ON Hanse AG die Grundlagen für die Energiewende in Hamburg geschaffen. In einer Paketlösung haben sich Senat und Unternehmen nach langen Verhandlungen auf eine Vielzahl von Schritten und Projekten verständigt, mit denen Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende zufällt. Während woanders nur über Investitionen in die Energiewende geredet wird, legen wir in Hamburg mit konkreten Maßnahmen los – zu einem vertretbaren Preis für die Stadt.



Photo: www.mediaserver.hamburg.de/W. Huppertz

Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

- Die Unternehmen investieren in den kommenden Jahren rund 1,6 Milliarden Euro in moderne Energieerzeugung und -nutzung.
- Hamburg wird deutschlandweit die Stadt mit den größten Kapazitäten zur Energiespeicherung.
- Ein neues Gas- und Dampfkraftwerk wird gebaut, dafür entfällt die Fernwärmeleitung Moorburg.
- Die Stadt erhält einen 25,1-prozentigen, strategischen Anteil an den Netzen für Strom, Gas und Fernwärme mit erweiterten Teilhaberechten. Das heißt, die Stadt wird in den jeweiligen paritätisch besetzten Aufsichtsräten sogar stärker als ihrem Anteil entsprechend vertreten sein. Ihr Mitbestimmungsrecht insbesondere in der Gesellschafterversammlung wird deutlich über das eines Minderheitsaktionärs hinausgehen und insbesondere die Investitionsentscheidungen umfassen. Die finanzielle Beteiligung wird den Hamburger Haushalt nicht zusätzlich belasten, da die garantierte Rendite höher liegt als die Zinsen.
- Die CO₂-Emissionen im Gasbereich werden bis 2015 um rund 15 Prozent, bei Fernwärme bis zum Jahr 2020 sogar um rund 27 Prozent reduziert.

Auch die Rechte der Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“, die die Netze zu 100 Prozent kaufen will, werden gewahrt. Denn die Kooperationsvereinbarung wird wieder unwirksam, wenn der Volksentscheid angenommen werden sollte. In diesem Fall wären aber jahrelange Rechtsstreitigkeiten insbesondere mit Vattenfall die Folge – mit ungewissem Ausgang und ohne zeitnahe Fortschritte bei der Energiewende. Insofern wäre es gut, wenn die Netzinitiative den Weg für eine schnelle Abstimmung schon im Frühjahr 2012 frei machen würde. Die Alternativen liegen auf dem Tisch: Ein langwieriger, teurer und riskanter Komplettverkauf der Netze oder eine strategische Beteiligung zu einem vertretbaren Preis und mit vielen Chancen für die Energiewende weit über die Netze hinaus. Nach Meinung der SPD-Fraktion sollten die Hamburgerinnen und Hamburger jetzt rasch die Möglichkeit bekommen, über diese elementare Frage für die Energieversorgung dieser Stadt entscheiden zu können.

Bund kürzt massiv bei der Arbeitsmarktpolitik

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ein massives Kürzungsprogramm in der Arbeitsmarktpolitik auf den Weg gebracht, das auch für Hamburg erhebliche Folgen hat. Standen 2011 noch 134 Millionen Euro für die Eingliederung langzeitarbeitsloser Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung, werden die Mittel in diesem Jahr auf rund 110 Millionen Euro gekürzt. Damit stehen zwar immerhin 10 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als ursprünglich für 2012 geplant, aber bereits 2013 sollen die Gelder auf voraussichtlich 89 Millionen Euro abgesenkt werden.



Infolge der Einschnitte der schwarz-gelben Bundesregierung bei der Arbeitsmarktpolitik sind an vielen Ecken der Stadt auch Stadtteileinrichtungen in ihrer Existenz bedroht – das nimmt die SPD-Regierung ernst. Leider können diese Kürzungen aber nicht einfach so kompensiert werden. Aber man kann mithelfen, Anschlussperspektiven für unverzichtbare Projekte in den Stadtteilen zu finden.

Bei der Verwendung der zusätzlichen Mittel des Bundes für 2012 wollen Senat und SPD-Fraktion zwei Schwerpunkte setzen: Intensivierung der Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen und Unterstützung wichtiger Stadtteilprojekte. Deshalb sollen in enger Abstimmung mit den Bezirken befristet zusätzliche 500 Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt werden.

Zusammen mit dem von der SPD-Fraktion beschlossenen „Überbrückungsfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ in Höhe von 1 Million Euro im Doppelhaushalt 2011/2012 können damit Überbrückungshilfen, Zwischenfinanzierungen und Anschlussperspektiven ermöglicht werden. So können wichtige Stadtteileinrichtungen im nächsten Jahr eine Chance erhalten, auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt zu werden. Auch hier sind vor allem die Bezirke gefragt, mit ihrer örtlichen Kenntnis zu entscheiden, wo welche Hilfe Sinn macht. Dafür geben wir ihnen die Instrumente an die Hand.

Grundsätzlich muss es verstärkt darum gehen, in den Einrichtungen Strukturen aufzubauen, die langfristig Bestand haben können. Die soziale Infrastruktur unserer Stadt kann und darf nicht auf Arbeitsgelegenheiten basieren. Die Arbeitsmarktmittel sind vor allem dafür da, eine Integration in Arbeit zu ermöglichen. Deshalb ist es der SPD-Fraktion so wichtig, dass ein weiterer Schwerpunkt auch die Stärkung der Bildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose ist.

→ PRESSESPIEGEL

„Hamburgs Bezirke haben in diesem Jahr bereits 6.124 Baugenehmigungen erteilt. Damit kommt der Senat seinem Ziel nahe, jährlich 6.000 Wohnungen fertigzustellen.“

NDR.de, 15.12.2011

„Die Arbeit des Senats wird (...) eher positiv bewertet. 37 Prozent sind mit Scholz und seinen Senatoren ‚sehr‘ bzw. ‚eher zufrieden‘. 18 Prozent sind ‚sehr‘ bzw. ‚eher unzufrieden‘. 35 Prozent sind neutral. Auch bei GAL und Linke sehen mehr Anhänger den Senat positiv als negativ.“

Ergebnis einer repräsentativen Umfrage für die Hamburger Morgenpost, 7.12.2011

„Die Opposition: Alle vier Fraktionen sind mehr oder weniger mit sich selbst beschäftigt und finden keinen Hebel, um Scholz unter Druck zu setzen. Selbst die traditionelle ‚große‘ Abrechnung bei der Generaldebatte zum Haushalt blieb enttäuschend blass. CDU, GAL, LINKE und FDP hecheln im Alltagsgeschäft hinterher, reagieren statt zu agieren.“

Hamburger Morgenpost, 8.12.2011

„Der Rechnungshof hatte die Nachhaltigkeit der Finanzwirtschaft der Stadt untersucht und dabei vor allem den Konsolidierungskurs des Senates kritisch gewürdigt. Die Strategie, die Ausgaben der Stadt in jedem Jahr um nur maximal ein Prozent steigen zu lassen, sei richtig, so das Ergebnis der Experten. Ebenfalls gut und wichtig sei der Schritt des Senates, seine Finanzpolitik von Konjunktur bedingten Schwankungen loszulösen und sich bei den Einnahmeprognosen auf Mittelwerte der vergangenen Jahrzehnte zu stützen. Meyer-Abich lobte, das Konzept habe eine klare Linie, sei nachvollziehbar und unterstützenswert.“

Die Welt, 13.12.2011

„Insgesamt ist das SPD-Winternotprogramm, trotz einer Aufstockung der Plätze, mit 780.000 Euro sogar etwas billiger als das von CDU und GAL. Letztere lobte den Senat daher ausdrücklich – und entschuldigte sich, dass CDU und GAL Obdachlose zuletzt in einem Bunker am Hauptbahnhof unterbrachten.“

Hamburger Morgenpost, 11.11.2011

Busverkehr der Zukunft

Der Senat hat eine wichtige Entscheidung für den öffentlichen Personennahverkehr in der Metropole Hamburg auf den Weg gebracht: Menschen, die in Zukunft den Bus benutzen, kommen schneller, zuverlässiger und bequemer ans Ziel. Kapazität, Reisegeschwindigkeit, Pünktlichkeit, Komfort und Barrierefreiheit werden sich durch die unterschiedlichen Maßnahmen deutlich verbessern.

An den öffentlichen Personennahverkehr werden in der heutigen Zeit hohe Anforderungen gestellt. Nicht erst durch die Energiewende hat ein Bewusstseinswandel bei den Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden. Die Menschen sind nicht mehr nur auf ein einziges Verkehrsmittel festgelegt und erwarten zu Recht in einem dicht besiedelten Ballungsraum wie der Metropolregion Hamburg ein tragfähiges Mobilitätsangebot. Hamburg hat schon heute das beste ÖPNV-Angebot Deutschlands. Aber man darf sich nicht auf den Erfolgen ausruhen. Um die Verkehre unserer Stadt zu entlasten, müssen noch mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen. Der Ausbau des Bussystems ist dabei ein unerlässlicher Baustein.

Handlungsbedarf besteht vor allem auf stark nachgefragten Verkehrsachsen mit einer stadtteilübergreifenden Verbindungsfunktion. Darum wird in einem ersten Schritt kurz- bis mittelfristig der Busverkehr auf

hoch frequentierten Metro-Bus-Linien in die Lage versetzt, leistungsfähiger und verlässlicher werden. Dafür setzt der Senat gemeinsam mit den Partnern im ÖPNV ein umfangreiches Maßnahmenpaket um.

Ziel ist, dass die Busse zukünftig schneller fahren. Hierfür stehen nun die Planungsmittel bereit. Jede Linie wird dahingehend überprüft, wie Verbesserungen schnell und effektiv umgesetzt werden können. Dazu zählt der Umbau von Knotenpunkten wie auch Änderungen bei der Ampelschaltung. Daneben sind aus Sicht der SPD-Fraktion zahlreiche weitere Punkte wichtig, wie etwa die Anpassung von Haltestellen und die konsequente Ahndung von Falschparkern in zweiter Reihe oder an Bushaltestellen – einen entsprechenden Antrag dazu hatte die SPD-Fraktion bereits Ende Oktober eingebracht. Die Busbeschleunigung kommt allen zugute: Ein attraktives und vor allem zügiges Busnetz bringt mehr Fahrgäste vom PKW in den ÖPNV

und entlastet dadurch das Straßennetz. Nicht nur die Busse fahren zügiger, auch der einzelne PKW kommt schneller voran.

Die SPD-Fraktion setzt sich darüber hinaus für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung der Großwohnsiedlungen Steilshoop und Osdorfer Born ein. Auch dazu wurde bereits im Sommer ein entsprechender



Photo: www.mediaserver.hamburg.de/R. K. Hegeler

Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

Das erste Ausbauziel umfasst einen Zeitraum bis 2016 und betrifft die MetroBus-Linien 2, 3, 5, 6, 7, 20 und 25 sowie im Bereich des Eidelstedter Platzes die Linien 4 und 21. Ausbauziel B erstreckt sich von 2016 bis 2020 und gilt unter anderem den MetroBus-Linien 1, 23 und 26.

Verlängerung der U4: Wichtiger Impuls für die Stadtentwicklung

Mit der Verlängerung der U4 kommt in Hamburg ein weiteres wichtiges Verkehrsprojekt voran. Die entsprechenden Planungen dazu sollen nun auf den Weg gebracht werden. Durch die Entscheidung für einen verdichteten Wohnungsbau in der östlichen HafenCity entsteht dort ein hochattraktiver Stadtteil, der gerade auch durch die Entscheidung zur Verlängerung der U4 einen ganz wichtigen Impuls erhält. In diesem Zusammenhang ist es aber auch richtig, zunächst die Planungen in aller Gründlichkeit vorzubringen und erst dann auf Grundlage dieser Ergebnisse über die Kosten zu beschließen – das unterscheidet den jetzigen Senat von der Politik der Vorgängerregierung.

Das Thema Verlängerung der U4 in Richtung Wilhelmsburg/Harburg bleibt aus Sicht der SPD-Fraktion allerdings Zukunftsmusik. Dieses Vorhaben ist finanziell nicht darstellbar und darüber hinaus sollte die Verlängerung der U4 planerisch nicht überfrachtet werden. Naheliegender ist da schon die optionale Umsteigemöglichkeit zur S-Bahn an den Elbbrücken. Es ist wünschenswert, wenn dort eine Umsteigemöglichkeit zwischen U- und S-Bahn realisiert werden kann – aber auch dieses Vorhaben ist angesichts der finanziellen Situation momentan leider nicht zu realisieren. Nichtsdestotrotz sollte diese Option ausdrücklich offen gehalten werden. Die SPD-Fraktion geht jedoch davon aus, dass schon mit der jetzigen Lösung die Station Elbbrücken eine optimale Erschließungswirkung für die umliegenden Stadtteile – insbesondere Rothenburgsort – ermöglicht.

Interview mit SPD-Fraktionschef Andreas Dressel: „Senat und Fraktion reden nicht nur, sie liefern konkrete Ergebnisse“

Andreas Dressel (36) führt seit März 2011 die 62-köpfige SPD-Fraktion als Vorsitzender an. Der studierte Jurist aus dem Wahlkreis Alsterdorf-Walddörfer ist seit 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes. Bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2011 erzielte Dressel das hamburgweit beste Personenstimmenergebnis gewählter Wahlkreisabgeordneter. Neben seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender ist Dressel Mitglied im Verfassungs- und Rechtsausschuss der Bürgerschaft. Im Interview zieht er eine Bilanz der ersten Monate und gibt einen Ausblick auf die zentralen Themen, die Hamburgs Politik in diesem Jahr beschäftigen werden.



Im vergangenen Jahr hat sich in der politischen Landschaft Hamburgs enorm viel bewegt. Wie fällt Ihr Fazit aus?

Nach rund zehn Jahren wieder die Regierungsverantwortung übernehmen zu können – und dann auch noch mit einer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft – das war natürlich ein großartiger Erfolg für die Hamburger SPD. Die Wählerinnen und Wähler haben Senat und uns als SPD-Fraktion damit einen enormen Vertrauensvorsprung gegeben – zugleich natürlich mit der Aufforderung verbunden, das Regierungsprogramm in konkretes politisches Handeln umzusetzen. Und die ersten Monate zeigen sehr deutlich: Wir halten Wort – die Studiengebühren sind abge-

schaft, die Kita-Gebühren gesenkt und der Wohnungsbau nimmt nach Jahren der Stagnation unter den CDU-geführten Vorgängersenen endlich wieder Fahrt auf, um nur einige Punkte zu nennen. Senat und Fraktion reden nicht nur, sie liefern konkrete Ergebnisse für die Stadt und ihre Menschen. Genau dafür sind wir gewählt worden.

Seit März führen Sie als Vorsitzender die SPD-Fraktion an – ein Job, der einem sicher viel abverlangt ...

Ja, aber es macht Spaß für die Stadt und die SPD etwas zu bewegen. In der Politik ist es genauso wie im Mannschaftssport. Das heißt, der Kapitän ist immer nur so gut wie sein

Team. Und der Eindruck nach den ersten Monaten bestätigt: Unsere Fraktion ist personell hervorragend aufgestellt. Auch die zahlreichen neuen Abgeordneten haben sich sehr schnell in die parlamentarischen Abläufe eingearbeitet.

Sowohl nach innen als auch nach außen ist Kommunikation gerade in Zeiten, in denen man das Füllhorn eben nicht ausschütten kann, extrem wichtig – Stichwort Schuldenbremse. Ich will mithelfen, dass sich die Stadt, aber natürlich auch die eigene Partei mitgenommen fühlt auf diesem Weg.

Ein Blick in die Zukunft: Was erwarten Sie von 2012 – beruflich wie privat?

Wir wollen politisch Kurs halten. Viele Dinge haben wir bereits in 2011 angeschoben, die wir in den kommenden Monaten konsequent weiter verfolgen müssen. Über allem steht dabei natürlich die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in unserer Stadt. Die von uns in den Haushaltsberatungen 2011/12 jüngst beschlossene Auflegung eines Sanierungsprogramms zum Substanzerhalt und der Sanierungsfonds der Bürgerschaft sind dabei wichtige Schritte. Vermögenserhalt durch Sanierung hat für uns Vorrang vor neuen reinen Leuchtturmprojekten. Insofern werden auch die Haushaltsberatungen für 2013/14 eine bedeutende Rolle in der politischen Auseinandersetzung der kommenden

Monate spielen. Ein großes Thema 2012 wird sicher auch der Bereich Energiepolitik. In den Verhandlungen mit den Energieunternehmern Vattenfall und E.ON Hanse hat der SPD-Senat die Grundlage für die Energiewende geschaffen. Der Vorschlag macht deutlich: Es geht um viel mehr als eine bloße 25-Prozent-Beteiligung an den Netzen. Es geht um einen Hamburger Weg, die Energiewende real und nicht nur auf dem Papier zu gestalten. Ich bin mir sehr sicher: Die kommenden Monate werden den Beweis erbringen, dass dieser Weg für Hamburg der richtige ist.

Privat hoffe ich, dass mir immer auch genug Zeit für die Familie bleibt – schließlich erwarten wir im Frühjahr noch einmal Nachwuchs.



Rückschau auf unsere Termine

Sport-Empfang

20. Oktober 2011 / Mit diesem Empfang wollten wir uns bei allen Sportlerinnen und Sportlern für ihr Engagement für und im Hamburger Sport bedanken und mit ihnen ins Gespräch kommen. Das gelang auch gut, kamen doch fast 500 Sportlerinnen und Sportler der Einladung nach und machten den Abend durch ihre Sport-Show-Einlagen zu einem bunten und lebendigen Sportspektakel. Für Grußworte und die Gastrede waren Sportsenator Michael Neumann und der Präsidenten des Ligaverbandes und Borussia Dortmunds Dr. Reinhard Rauball gekommen.



Seniorenmitwirkung in Hamburg

28. November 2011 / Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben die Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren in Gesetzesrang erhoben. In Hamburg hat die SPD-Fraktion eine entsprechende Initiative eingebracht, um den Stellenwert der Interessen von Älteren zu betonen. Worauf muss geachtet werden? Welche Personengruppen müssen besonders angesprochen und motiviert werden? Dies und mehr wollten wir mit unseren Gästen diskutieren bei der Veranstaltung „Seniorenmitwirkung in Hamburg – Chancen und Grenzen der aktiven Partizipation“. Gäste waren Dr. Christine von Blanckenburg vom Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Brigitte Paetow, Vorsitzende des Landesseniorenbeirat MV, Inge Lüders, Vorsitzende Landesseniorenbeirat Hamburg und Ursula Preuhs, Vorsitzende Bezirksseniorenbeirat Hamburg-Nord. Moderiert hat die Veranstaltung unsere Fachsprecherin Seniorinnen und Senioren Karin Timmermann.



Die Studiengebühren sind endlich abgeschafft!

Mit Gegenstimmen von CDU und FDP sowie Enthaltung von GAL und LINKE hat die Hamburgische Bürgerschaft in der letzten Sitzung des Jahres den Weg für die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2012/13 frei gemacht.

Jetzt gibt es Planungssicherheit für Hochschulen und Studierenden: Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein ganz elementarer Schritt für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit in Hamburg. Niemand darf durch unsoziale, finanzielle Barrieren vom Studium abgehalten werden.

Neben der vollständigen und verlässlichen Kompensation der Studiengebühren in Höhe von jährlich 39 Mio. Euro für die Hochschulen ist es außerdem ein großer Erfolg, die schwarz-grünen Kürzungen beim Studierendenwerk um wenigstens 50 Prozent wieder zurücknehmen zu können. Außerdem können die Mensenpreise stabil bleiben und der Semesterbeitrag ab dem Wintersemester 2012/13 wird wieder abgesenkt – alles sehr gute Nachrichten für Hamburgs Studierende. Darüber hinaus ermöglicht der jährliche Zuschuss von 1,2 Mio. Euro ab 2013 dem Studierendenwerk, notwendige Instand-

haltungs- und Investitionsmaßnahmen durchzuführen.

Studieren in Hamburg wird also wieder günstiger, die Infrastruktur für Studentinnen und Studenten gestärkt. Das sind die zentralen Botschaften dieses bedeutenden Maßnahmenpaketes.

In den Gesetzesberatungen hat der Senat zudem deutlich gemacht, dass es zwar eine gesetzliche Regelung zur Beteiligung der Studierenden an der Verwendung der Kompensationsmittel für die Studiengebühren nicht gebe, die jetzt vorhandene Beteiligungskultur an jeder einzelnen Hochschule aber aufrechterhalten werden könne. Denn der Punkt Beteiligung ist und bleibt uns wichtig – auch gegenüber dem Parlament. Die Studierendenschaft und die Bürgerschaft sollen erfahren können, wie die Mittel Forschung und Lehre zu Gute gekommen sind.

→ INFO

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen,
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen,
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de

V.i.S.d.P.: Dirk Kienscherf, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg